

# Dresdner Volkszeitung

Postredaktion: Dresden,  
Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffonts:  
Gebr. Arnholz, Dresden.

Viertes Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtschäfmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt.

Zeitungspreis einschließlich Dringerlohn monatlich 12,00 M. durch die Post  
bezogen vierjährlich 86,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
25,00 M. Einzelnummer 60 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitnerplay 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Zeitnerplay 10. Tel. 25261.  
Geschäftssitz von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 2 geplante Sonntagsseite 4,00 M. Familienanzeigen  
8,00 M. die 2 geplante Belegungsseite 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe  
Erhöhung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung  
zur Abnahme am vorgegebenen Tag. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 8

Dresden, Dienstag den 10. Januar 1922

33. Jahrg.

## Der Vertrag von Trianon

Ahnlich wie der Dreißigjährige Krieg in Mitteleuropa ein Gemengelager zertümlicher Staatselheiten zurück. Wir haben heute zwischen dem früheren Mitteleuropa und dem ehemaligen östlichen Zentralstaat eine ununterbrochene Kette von kleineren und kleinsten Staatengebilden, die für das wirtschaftliche Leben der Zukunft unbedeutend und gefährlich werden kann. Abgesehen davon, daß die kleineren Staaten nur zu leicht Angriffsziel der Großstaaten werden, können sie durch ihre Zoll- und Wirtschaftspolitik dem Verkehr zwischen Mitteleuropa und dem Osten hemmend in die Bahn treten. Je mehr Staaten, desto mehr Neigungsfächen. Deshalb ist jede Entwicklung degradierend, die einer auf sich und gegeneinander gestellten Kleinstaatenpolitik entgegenarbeitet. Unsre moderne Wirtschaft verträgt es nicht mehr, in kleinen Städten und voneinander unabhängigen Gruppen zu rechnen, wie auch der rein militärische Imperialismus die zerrüttete Seele einer überländenden Epoche ist. Das kommt zu haben, ist vielleicht der Kern der russisch-kommunistischen Tragödie, wie es die Tragödie Frankreichs zu werden droht.

Abgesehen von Polen, dessen enge Abhängigkeit von Frankreich keinen Segen für die junge Republik bedeutet, haben die östlichen Nachstaaten die Zeichen der Zeit sehr wohl verstanden. So entstand sehr bald nach Ablösung des Weltkrieges ein politisch-wirtschaftliches Bündnis zwischen Jugoslawien, Rumänien und der Tschecho-Slowakei, die sogenannte Kleine Entente. Wenn dieser Block auch gewisse Abhängigkeiten von der Großen Entente und vor allem von Frankreich zeigt, so ist er doch stark genug, um bei dem zweiten Unternehmen des österreichisch-ungarischen Kaisers eine sehr eindrucksvolle, selbständige Rolle zu spielen. Weiter im Osten stehen die östlichen Staaten in ständiger Füllung miteinander, um ihr wirtschaftliches und politisches Leben möglichst seit aufeinander einzufüllen. Polen, dessen von einem nicht recht begreiflichen Ausdehnungsdrang geleiste Politik mehr beunruhigend als anziehend lange bereitstellt, da, bis schließlich ein sehr enge Verbindung aufstrebender Vertrag mit der Tschecho-Slowakei stand, kam, der in Polen nicht restlose Bestreitung auslöste.

Damit waren in der abweichenstaatlichen Gliederung der Mitteleuropa östlich vorgelagerten Nachstaaten zwei wichtige Sammelbeden geschaffen. Nur Österreich und Ungarn blieben vorläufig in einer Isolation, die für Österreich auf die Dauer unerträglich war. In Österreich fand zunächst der Anschlußgedanke an Deutschland einen äußerst starken Widerhall. Da Österreich aber finanziell vollkommen abhängig von der Entente ist, und diese eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich vorerst als nicht spruchfrei ablehnt, war Österreich genötigt, seine Anlehnung an einen anderen Staat zu suchen. Angesichts der Erinnerungen an die Zeit der Donaumonarchie und angesichts der Sprachenfrage in der Tschecho-Slowakei herrschte zwischen Österreich und seinem nordöstlichen Nachbarn ursprünglich ein nicht gerade sehr herzliches Einvernehmen. Allein der Streit mit Ungarn und die stete Bedrohung durch das Haus Habsburg ergaben Gemeinsamkeiten von grundlegender Bedeutung, und so kam es im Dezember vorjährigen Jahres, da auch wichtige wirtschaftliche Interessen Österreichs nach der Tschecho-Slowakei hinzuwiesen, in Trianon zu einem Vertrag mit den Nachbarn, der im wesentlichen beiden Teilen ihre republikanische Verfassung und ihren Bestand garantiert sowie wirtschaftliche Abmachungen und die Beilegung von Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Schiedsgerichtsbarkeit vorstellt. Es wäre zu wünschen, daß diesem politischen Einvernehmen recht bald ein wirtschaftliches Einvernehmen auf breiterster Basis folgt, da infolge der Ratsausdehnung dem österreichischen Volkskörper die tschecho-slowakische Nachbarschaft vorläufig teuer zu stehen kommt.

Es scheint allerdings der deutschösterreichischen Regierung recht schwer werden zu sollen, den Vertrag mit der Tschecho-Slowakei durchzuführen. Die gegenseitige Verpflichtung der beiden Staaten, einander ihr Gebiet zu garantieren und Verteilungen gegen den andern Vertragsteil auf dem eigenen Gebiet nicht zu dulden, bedeutet für Deutschösterreich den (freilich schon in St. Germain abgezeichneten) abermalsigen Verzicht auf die zur Tschecho-Slowakei geschlagenen deutschen, ja sogar niederösterreichischen Gebiete, und man versteht, daß die Partei der Großdeutschen den Vertrag aufs äußerste bekämpft. Aus Wien wird gedacht:

In einer außerordentlich stark besuchten gesellschaftlichen Versammlung erklärte auch der Parteivorsitzende die politischen Bestimmungen des Vertrages von Trianon unannehmbar. Bei dieser Haltung der Partei ist mit dem Rücktritt ihrer Vertreter in der Bundesregierung zu rechnen.

Geschieht dies, so wird die Erneuerung der früheren christlichsozial-sozialdemokratischen Koalition wieder aktuell werden. Die großen Parteien müssen dem Vertrag, der sie selbst vollkommen überrascht hat, wohl stimmen, weil man Deutschösterreich wirtschaftlich in vollkommene Abhängigkeit von der Tschecho-Slowakei gebracht hat.

Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschecho-Slowakei sind entschlossen, gegen den Vertrag zu stimmen.

## 700 Millionen Goldmark

Die deutsche Delegation wurde aufgefordert, sich heute von Paris nach Cannes zu begeben.

### Besserung der Reparationspflicht

Cannes, 8. Januar. Ursprünglich war vorgesehen, daß Deutschland im Jahre 1922 in bar 25 Millionen Pfund Sterling bezahlen sollte. Dagegen bestand jedoch auf der Zahlung weiterer 10 Millionen. Jetzt wird geplant, Deutschland 35 Millionen Pfund in bar zahlen zu lassen und 87 Millionen in Waren, dennach zusammen 122 Millionen Pfund Sterling, das heißt also 28 Millionen Pfund weniger, als ursprünglich vorgesehen war. Deutschland soll aus weiteren 12 Millionen Pfund für die Kosten der Besatzungsheere freizahlen. Großbritannien ist bereit, auf 7 Millionen Pfund für sein Besetzungsrecht zu verzichten.

Paris, 10. Januar. Der britische Raum gibt Einzelheiten über die Wiederberichtigungsfrage, bis zum 1. Mai 1922 hätte Deutschland 700 Millionen Goldmark zu zahlen, wodurch sich seine im Laufe des Reparationsjahrs geleisteten Zahlungen auf 1700 Goldmark befristet würden. Hierzu gingen zunächst 500 Millionen Goldmark an England zur Deckung seiner Belastungskosten bis zum 1. Mai 1921. Von den übrigen 1200 Millionen Goldmark werden 279 Millionen auf Frankreich entfallen, falls die deutsche Ruhle zum Inlandsmarktpreis, aber nur 172 Millionen Goldmark, falls die Preise nach den Transporten, die auf dem Seeweg geliefert wurden, berechnet werden. Der Rest soll als Priorität an Belgien fallen. Ferner soll die Neberpriorität erst nach den Belastungskosten und nach der belgischen Priorität gelegt werden. Unter Neberpriorität versteht man die deutlichen Vorriegsschulden und die Summen, die von der deutlichen Schulden verdeckt werden. Der erste Teil dieser Neberpriorität verbraucht 30 Millionen Goldmark, die den alliierten Haushalten zugute kommen. Der zweite Teil der Neberpriorität besteht in den Summen, die zum Dienste der deutschen inneren Schulden angewandt werden. Diese inneren Schulden bestehen aus der konsolidierten, also von 90 Milliarden Papiermark. Die nicht konsolidierte Schulden beträgt 250 Milliarden. Die Zinsen für diese bedeutenden Schuldenbeläge werden den deutschen Gläubigern vor den Jahreszahlungen für die Reparationen ausbezahlt. Diese Summe wird dann nach den Kosten für die Besatzungsheere und der belgischen Priorität beglichen. Diese Maßnahme wird vor allen Dingen die deutschen Banken treffen.

Auf jeden Fall wird sich Frankreich mit Rücksicht auf dieses Abkommen zu Zugeständnissen bereit erklären müssen, nicht nur in der Unterseebootsfrage, sondern auch hinsichtlich der Einschränkung seiner Bandarame. Das auch in dieser Frage England und Amerika gemeinsam vorgehen, lädt eine Meldung aus Washington vermuten, nach der die amerikanische Mithilfe von einer Verbindung der Landstreitkräfte abhängig gemacht werde. Die Vertragsstaaten sollen auch gegen die Streichung der von Frankreich einem andern Lande (England) geschuldeten Summe sein (um zu verhindern, daß Frankreich dieses Geld für seine militärischen Pläne verwenden kann).

Infolge dieser Haltung Amerikas wird der Verzweiflungskampf, den Frankreich um die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages von Versailles führt, völlig aussichtslos. Der amerikanische Botschafter in London soll im vertraulichen Gespräch sogar erklärt haben, daß nach seiner persönlichen Meinung das amerikanische Großkapital nur dann einer internationalen Kreditaktion zugänglich sei, wenn der Friedensvertrag von Versailles revidiert werde. Die Zutulshaltung des amerikanischen Kapitals gegen jede Kreditration spricht durchaus für die Nichtigkeit dieser Antwort.

Der Verlauf der Konferenz von Cannes läßt es verstehen, daß die Engländer sehr zufrieden mit den bisher gezeigten Fortschritten sind, und daß sie einen vollständigen Erfolg der Konferenz von Cannes erwarten.

### Aenderung des Wiesbadener Abkommens

Cannes, 10. Januar. England hat dem Wiesbadener Abkommen unter folgenden Bedingungen zugesagt: 1. Die Endsumme der unter dieses Abkommen fallenden Leistungen von 7 Milliarden Goldmark wird gestrichen. 2. Das Abkommen erhält eine Gültigkeit von drei Jahren. 3. Im ersten Jahre darf Deutschland an Frankreich Lieferungen von nicht mehr als 1250 Millionen Goldmark machen, im zweiten und dritten Jahre nicht mehr als 1500 Millionen Goldmark. Frankreich nimmt diese Bedingungen an.

### Rußland nimmt die Einladung an

Cannes, 9. Januar. Russland teilte dem Obersten Rat mit, daß die russische Regierung die Einladung zur Konferenz annehmen, die im März einberufen werden soll. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses werde die Wahl der russischen Delegierten vornehmen und ihnen aufgedeckte Vollmachten übertragen.

## Rosenfeld, Dittmann & Ledebour

### Begrüßungsansprachen

Da in unserem heutigen Bericht infolge eines Irrtums bei der telephonischen Übermittlung der Name des Genossen Fritz Adler überblieb nicht erwähnt war und seine Ausführungen als Teil des Genossen Grumbachs erschienen, wiederholen wir noch einmal den Teil des Berichts über die Reden der Vertreter der ausländischen Parteien.

Die Reihe der Begrüßungsansprachen eröffnete der Vertreter der unabhängigen Arbeitspartei Englands, Wille, mit einer temperamentvollen Ansprache, aber auch das trug nicht dazu bei, dem Kongress einen revolutionären Antritt zu verleihen, da die A. P. P. nur einmal ein Teil der A. P. ist, die selbst der „reformistischen“ Zweiten Internationale angehört.

Am Übergang war das kennzeichnende sämliche Neden der scharfe Trennungsrück nach links. Von besonderer Leidenschaft feit gegen Moskau waren die Ausführungen des russischen Menschewikfürs Akademitsch, der unter ehemaliger Zustimmung des Parteivorstandes die Leiden der politischen Gefangenen in Sowjetrußland und den Hungerstief in Moskau beschreibt. Unter den Neden in deutscher Sprache war sowohl rhetorisch wie inhaltlich die beste Leistung des Abends die Rede des französischen Repräsentanten Grumbach.

Als letzter trat Friedrich Adler auf, gleichzeitig, wie der Vertreter Dittmann hereinkam, als Vertreter der deutschösterreichischen Genossen und als Delegierter des Büros der Wiener Internationale.

Er holt in Wirklichkeit zwei verschiedene Neden: Im ersten Teil sprach der Führer einer Partei, die immerhin zu den besten Männer wie Klemmer, Glensdorff, Leutwein und viele andere zählt, sachlich genügend, anfließendgefeiert. Wölfel ordnete sich Ton und Tendenz. Nicht war es des Führer der Internationale, der sich an die Freiheit wendete. Ihre geheimste Schriftstaltung stiftet noch kaum vernarbte Wunden gewaltig. Seine Verherrlichung des Parteitag vom Dezember 1919, auf dem der Auftakt aus der Zweiten Internationale vollzogen wurde, wirkte in der jüngsten Situation höchst eigenartig.

Der Führer, immer vom Vorstandsrück ausgedehnt, verstärkt sich bei den Worten: Widersteht den Verdiktions von rechts und links, lasst euch nicht von Tagesschreiber verführen, behaltet die Weise des Wiss. Und mit diesem Appell, der nicht anders wirken konnte als ein Trennungsrück nach rechts, schloß der Führer der Wiener Internationale seine Rede. Der demokratische Führer, der ihm besonders von den maßgebenden Führern des Vorstandes der U. S. S. R. gesprochen wurde, ist für den Grünen die Einigung kein gutes Zeichen.

Leipzig, 9. Januar. Nachdem gestern abend in vorgerückter Stunde noch der russische Sozialrevolutionär Abramowski, der der Menschewikpartei angehört, das kommunistische Rußland der Koalitionsregierung gewesen sind und daß die Koalitions-

regierung eine Protestresolution gegen die Behandlung der in den Hungerstreit eingetretenen Sozialrevolutionäre Rußlands angenommen und Adler, Wien, dessen Ausführungen in unserm gestrigen Bericht erstaunlichweise dem Genossen Grumbach in den Mund gelegt waren, verfügte hatte, daß die österreichischen Sozialdemokraten sich von Tag zu Tag mehr als einen Teil der deutschen Arbeiterelite fühlten, wurde heute in die Erörterung der Probleme eingetreten, die dem diesjährigen Parteitag sein Gepräge geben: die Koalitionspolitik, die Einigung des Proletariats und die Steuerfragen. Das Vorspiel zu der mit ziemlicher Verzögerung eröffneten Sitzung gab eine kurze Anfrage Kurt Rosenfelds gegen die Käfjenjagd, für die er in merkwürdiger Weise die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit verantwortlich zu machen suchte. Er verlangt keine Gnade für die politischen Gefangenen, denn das wäre revolutionäres Kämpfen unverständlich, sondern fordert Amnestie.

Der Parteivorstand unterstützte diesen sonnenklaren Unterschied mit lebhafter Zustimmung. Dann nimmt der Parteitag auf Antrag von Rosenfeld, Berlin, eine Resolution an, in der die Amnestierung und sofortige Freilassung aller zu Freiheitsstrafen verurteilten Revolutionärgen fordert sowie gegen die Ausweisung aus kindischer Sozialistin protestiert wird, insbesondere derjenigen, die wegen politischer Verbrechen verfolgt werden.

Nach Rosenfelds Rede eröffnet Dittmann die Reihe der Reden über die politische Lage. Seine Rede unterscheidet sich in zwei Teilen, entsprechend der jetzigen Stellung der U. S. S. R. in der deutschen Arbeiterbewegung. Erst geht er gegen die äußerste Linke zum Angriff rücksichtslos vor. Nach der A. P. P. muss auch die kommunistische Arbeitsgemeinschaft daran glauben, denn er bezeichnet Lenin als den größten Opportunisten der Weltgeschichte. Sobald sind wir an der Reihe. Man macht es ihm damit recht bequem. Die Koalition in der Sozialdemokratie ist die Ursache aller Übel. Die Zustände in der Reichswehr, in der Justiz, in der Schule, die Steuer- und Wirtschaftspolitik — alles ist angeblich eine Folge der Koalitionsregierung unter Partei mit den Bürgerlichen. Waren aber doch auch von uns befürworteten Neden etwas geringer gewesen, wenn wir noch der Methode der U. S. S. R. die ganze Macht den Bürgerlichen überlassen hätten? Dittmann versteht sich mehrheitlich einig in der Meinung, daß eine gescheiterte Kämpferische Opposition mehr für das Volk erreicht hätte, als die Sozialdemokratie in der Koalition. Am Übrigen gewinnt Dittmanns Rede von politischen Paradoxen und Geschichtsschreibungen. So behauptet er, daß die Spartakuspartei erst eine Rose der Koalitionsregierung gewesen sind und daß die Koalitions-







Dienstag den 10. Januar 1922

## Ein Jahr sächsischer Politik

VI

Aus dem Bereich des Arbeitsministeriums ist anlässlich des Ministerwechsels bereits ein nichtmildlicher Bericht über die vom Ministerium im letzten Jahre erledigten Geschäfte in der Arbeitspresse erschienen. Das Wichtigste in ihm Mitgeteilte kann noch in einigen wesentlichen Punkten ergänzt werden.

Das Arbeitsministerium hat seine Aufgabe darin, an die Regelung der sozialen Fragen mit denjenigen Entscheidungen heranzutreten, die die Interessen des dichtbevölkerten Industrielandes und seiner sehr zahlreichen Arbeiterschaft erfordert. Sämtliche mit seiner hochentwickelten Industrie, seiner in den ganzen Welt bekannten Organisation der Fechtfabrikation, seiner durch zusammenwohnenden industriellen Arbeiterschaft bedeute ganz bedeutsam eine zentrale Stelle, die das soziale Problem im Lande hält und die für die Erfüllung der sozialen Staatsaufgaben verantwortlich ist. Eine Zusammenlegung mit dem Wirtschaftsministerium ist deshalb nicht ausgeschlossen.

Das Arbeitsministerium richtete sein Augenmerk besonders auf die Interessen der wirtschaftlich Schwachen. In einem langen Kampfe erwangt es am Beginn des Jahres vom Reich eine bevorzugte Behandlung der höheren Arbeitsschichten durch das Reich. Es erreichte die Anerkennung des Vogtlandes und Ergebnißes als Reichsstandesbezirk, womit eine höhere Unterstützung der dortigen Arbeiterschaft erzielt wurde. Die Arbeit des Ministeriums erforderte in diesem Falle zahlreiche Konferenzen mit dem Reichsarbeitsminister, mit dem Reichsfinanzminister und vielen anderen beteiligten Stellen in- und außerhalb Sachsen. Nebenher gingen erfolgreiche Bestrebungen auf die Tarifverhandlungen und die Verhandlungen nach den Geboten der produktiven Gewerkschaften und durch Rollstandarbeiten, was sich entweder aus der persönlichen Initiative des Ministers ergab oder mindestens unter seiner Teilnahme geregelt wurde. Insbesondere wurden die Talsperrenbaute im Ruhental und bei Göltzsch gebaut. Es wurden auch in diesen Zusammenhängen finanzielle Anleihen an auswärtige Arbeitende erzielt. Besonders wurde die Zahlung der tariflichen Löhne einer Industrie festgelegt.

Ein besonders wichtiges Kapitel betrifft die vom Arbeitsministerium gehandhabte Stilllegungsverordnung. Das Arbeitsministerium hat, seit es in diesem engen Rahmen möglich war, vielfach Stilllegungen verhindert und Schadstoffhaltung der Arbeiter durchgesetzt. Die Versuch der Unternehmer, die Verordnung über Betriebsabbrüche und Stilllegungen vom 8. November 1920 wirkungslos zu machen, wurden in vielen Fällen vom Arbeitsministerium durchkreuzt. Selbständigkeit in Fragen der Stilllegung zu entscheiden, war dem Arbeitsministerium nicht möglich, weil dem Reichsverordnung entgegenstand. Aber sowohl Verzögern von Stilllegungen sowie vorläufige Verhängnahmen, Verkürzungen der Fristen und ähnliches verhindert werden konnten, ist das wiederholt geschehen. Das Arbeitsministerium hat ferner die Arbeit eines Unternehmers, große Arbeitserfolgen vertraglich nur als auskömmliche und vorübergehend beschafft zu bezeichnen, um den Verpflichtungen aus der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu entsagen, durch eine Verjährung unverhakt gebracht, die eine genauer Interpretation jener Demobilisierungsverordnung zugunsten des Arbeiters gab.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung wurde nach und nach umgewandelt in eine besondere Abteilung des Arbeitsministeriums, wodurch eine stärkere Kontrolle durch den Minister selbst ermöglicht wurde. Das Amt hat inzwischen eine Durchorganisation der Arbeitsvermittlung über das ganze Land in die Wege geleitet. Die bisher arg vernachlässigte Arbeitsvermittlung wurde erheblich verbessert. Es wurde ferner die Organisation der Berufsbewerber in die Wege geleitet und zu ihrer Leitung ebenso wie für die Leitung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung je eine aus der Arbeiterschaft hervorgegangene Persönlichkeit bestellt. Die ursprünglich angesehene Voreilungsmöglichkeit der nachgeordneten betrieblichen Organe gegen den neuen Leiter der Berufsbewerber ist verschwunden und anerkennende Schreiben beweisen die Erfolge des Amtes. Es wurden ferner Maßnahmen zur Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeiter aus Sachsen in die landwirtschaftlichen Gebiete des übrigen Reiches durchgeführt. Angeleitete des eindringenden Ausbildungsvorgriffes innerhalb der Industrie und der Gewerbe wurde die für Sachsen besonders wichtige Umstellung der Arbeiter in Angriff genommen, und zwar durch Einrichtung von Landesumwandlungskommissionen und Bezirksumwandlungskommissionen. Die bereits bestehende Einrichtung von Umlösungsläufen im Lande wurde vom Arbeitsministerium einheitlich organisiert und gesetzert.

In der Frage der Kohlenversorgung wurde vom Arbeitsministerium bestimmt, daß besondere Kohlenzuweisungen nur erfolgen dürfen, wenn die Zahl der beschäftigten Arbeiter durch Entstellung von Gewerkschaften vermehrt oder die Entlassung von Beschäftigten durch die Arbeitgeberfirma mit Kohlen verbündet wurde. Durch eine besondere Verordnung trat das Ministerium in einigen Gegenenden Sachsen überhand nehmenden ungeheuren Nebenkundenschein und der Ansicht in beginn auf die Arbeitsszeit entgegen. Es bestimmte, daß vor allen Bevölkerungen von Nebenkunden die Organe der Gewerbeaufsicht verpflichtet sind, neben der Zustimmung der Betriebsräte und des Gutsachters des öffentlichen Arbeitsschutzes auch eine gutachtliche Beurteilung der lokalen Arbeitsbeschaffung vorliegt.

"Sicherheit zu beachten" sind. Daraus erging eine große Anzahl Entscheidungen und Anordnungen über die Technische Not hilfe bei Streiks, die in ihrer Wirkung die wirtschaftlich schwachen Schichten der sächsischen Bevölkerung zu stützen geeignet waren.

Im umfassenden gewaltlichen Aufrütteln hat das Arbeitsministerium zu den Geschwindigkeiten über die Arbeitseigentum gewidmet, Arbeitseigentum der Angestellten, zur Rendierung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes, des Arbeitsgerichtsgesetzes, des Haushaltsgesetzes, des Arbeitslohnverhältnisse, des Tarifvertragsgegesetzes und des Angestelltenverficherungsgesetzes. Den Angestellten der Krankenversicherung wurde durch Aufhebung überbetrieblicher Versicherungen ihr Recht auf die Befreiungen des Tarifvertrags gegeben. Ein Entwurf über Arbeitseigentum in nach Preußen (nach Russland) wurde ausgearbeitet und den Gewerkschaften als Hauptinteressen zur Begutachtung vorgelegt. Tarifkonflikte privater Unternehmer wurden, soweit auch Arbeitseigentum dabei in Frage kamen, vom Arbeitsministerium unterstützt und den nachstehenden Fließen erwähnt.

Die Gewerbeaufsicht wurde in erheblichem Maße vom Arbeitsministerium neu organisiert. Die Vorstellen über Bildung und Ausbildung der Gewerbeaufsichtsbeamten wurden den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend geändert. Das Prüfungsamt wurde durch Einbegliedung von Arbeitsteilern neu besetzt. Den weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten wurden besondere Aufgaben bezüglich ihrer Entwicklung auf die Arbeitsteilern im Lande durch besondere Verordnung vom 23. Mai 1921 zugewiesen.

Noch kurz vor Jahresende hat das Arbeitsministerium durch die Tarifstelle ein umfangreiches Werk über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der jüdischen gewerblichen Arbeiter, der Kaufmännischen Angestellten und Beamten, der technischen Angestellten, Werkmeistern usw., nach dem Stande der Tarifverträge bis Oktober 1921 herausgegeben. Damit wurde allen Arbeitnehmern und Arbeitgeberinteressenten ein sehr wertvolles Hilfsmittel für die Beurteilung der jüdischen Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger an die Hand gegeben.

## Sächsische Angelegenheiten

### Nochmals: Die höheren Staatsbeamten

Zu unser am Sonnabend veröffentlichten Notiz über das Vorgehen der höheren Beamten gegen Dr. Lempke werden wir noch darauf aufmerksam gemacht, daß die höheren Beamten auf etwas seltsame Weise gegen die Leitung des Ministeriums und gegen Dr. Lempke Sturm laufen. Sie veröffentlichen durch die Arbeitsgemeinschaft der höheren Staatsbeamten Artikel, die ein merkwürdiges Licht werfen auf ihre so viel betonte "Donalität". Dieses Verhalten ist um so eigenartiger, als diese Beamten sich in letzter Zeit als die Bannträger des gewerkschaftlichen Gedankens aufzuzeigen verlust haben. Wir haben das ja bereits beleuchtet. Mit ihren neuesten Veröffentlichungen haben sie aber die gewerkschaftlichen Grundgedanken der gewerkschaftlichen Disziplin in der allerbedeutschesten Art verlegt. Die Deffenheitlichkeit muß natürlich wissen (was wir bisher schonen verdrückt haben), daß die höheren Staatsbeamten vor einiger Zeit beim Bund Sachsischer Staatsbeamten den Antrag gestellt hatten, der Bund möge gegen die Verfassung Dr. Leneps zum Ministerialrat Stellung nehmen. Aber sogar der Bund durchschaut die Herren und läßt sie abbilden: Der Antrag wurde am 22. Dezember vom geschäftsführenden Ausschuß des B. S. C. einstimmig abgelehnt! Nur der als Realitätsdienst bestellte Generalsekretär von der Deutschen Auswärtigen Ministerium trat für den Antrag ein!

Mit dieser Ablehnung batte der Bund deutlich bekannt, daß er eine Aktion gegen das Ministerium nicht für angebracht halte, es war dadurch seiner Gruppe "höhere Staatsbeamte" jede Sonderaktion unterstellt. So will es wenigstens das gewerkschaftliche Prinzip, das die Herren in diesem Falle übertrafen. Ihr Vorgehen erscheint mithin in noch vermischterem Lichte.

Vom neuen Leiter der 1. Abteilung, dem Genossen Dr. Lempke, aber erwartet wir nun mehr erst recht, daß er die Tätigkeit des immer liebenswürdig schillernden, aber erstaunlichen Herrn v. d. Deden einmal scharf unter die Lupe nimmt, ebenso die der bekannten Drabtschier im Personalam. Dieselbe Aufgabe wird auch unser Genosse Bock ausfallen, der als Ministerpräsident und Leiter des Auswärtigen Ministeriums unmittelbarer Vorgesetzter des Herrn v. d. Deden ist. Das liegt nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern ganz besonders im Interesse der mittleren und unteren Beamenschaft, die die Regierung sofort auf ihrer Seite haben wird, sobald sie nur energisch gegen die Aktionäre unter den höheren Beamten vorgeht.

### Steuerpflicht der Gnadengeblüffnisse

Das Ministerium des Innern gibt, zugleich für das Arbeits- und Wirtschaftsministerium, in einer Verordnung

bestannt, daß nach einer vom Reichsfinanzministerium vorbehalt der Entscheidung der Reichsmittelbehörden an die Landesfinanzämter ergangene Verfügung die Gnadengeblüffnisse, die an Hinterbliebene eines Beamten gezahlt werden, als Einkommen aus der Arbeit im Sinne des § 9 des Einkommenssteuergesetzes anzusehen und infolgedessen zu versteuern sind.

### Wiederbeginn des Landtages

Heute tritt der Landtag zum ersten Male nach den Weihnachtsferien wieder zusammen. Die erste Sitzung im neuen Jahre wird folgende Tagesordnung zu erleben haben: Befragung des Staatskapitels der höheren Schulen; Antrag Jähnig über Altersversorgung der Angehörigen des gewerblieben Mittelstandes; Antrag Wehrmann über Gewahrsame der Bezirksverfassungen und Bezirksausküsse; Anfrage Möllig, die Wohnungserlaubnis für während des Krieges oder später nach Leipzig verzogenen Ausländer aus Galizien, und Anfrage Börner, Ausweisung aus dem Osten eingewanderter Fremde betreffend.

### Verberungen des Sächsischen Verkehrsverbandes

Am Leipzig tagte am Sonnabend und Sonntag der Sächsische Verkehrsverband. Am Sonnabend hielt er eine Mitgliederversammlung und am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab. Am Schlus der Tagung wurde einstimmig folgenden Resolutionen zugestimmt:

Der Sächsische Verkehrsverband bittet das Reichsverkehrsministerium, spätestens mit Beginn des Sommerfahrplans beschleunigte Personenzüge 4. Klasse auf allen größeren Strecken einzurichten. Die Eisenbahndirektion Dresden wird gebeten, das Vorgehen des Verbandes beim Reichsverkehrsministerium nachdrücklich zu unterstützen.

Der Sächsische Verkehrsverband hält es für notwendig, daß im kommenden Sommer Ferien-Sonderzüge nach der See, nach den Alpen und nach den sächsischen Gebirgsorten gefahren werden, und zwar in jeder Richtung jedesmal zwei Ferien-Sonderzüge, in Abständen von acht Tagen, mit wahlfreier Benutzung eines der beiden rücksichtigen Ferien-Sonderzüge.

Das sächsische Ministerium wird gebeten, auf die Schulgemeinden einzutreten, daß sie während der Ferien ihre Schulen den organisierten Ferien-Sonderzügen mitgliedern zur Verfügung stellen.

Der Sächsische Verkehrsverband empfiehlt seinen Mitgliedern die Gründung von Paten-Herbergen zur Unterstützung der Jugendherbergen.

In der Mitgliederversammlung wurde u. a. die Beteiligung des Verbandes an der Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden 1922, insbesondere mit landschaftlichen Abbildungen, beschlossen.

### Eisenbahnrats-Sitzung

Ter der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden beigediente Eisenbahnrat hielt am 7. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Vizepräsidenten der Generaldirektion Linie eine 82. Sitzung ab, die zu folgenden Entschließungen gelangte:

Der Eisenbahnrat hat zu den beschäftigten Schöpfungen und Rendungen der Güter- und Tierzüge Wandschlagsanträge nicht zu stellen. Auch hinsichtlich der Schöpfung der Personentarife bei der Eisenbahn im allgemeinen keine Einwendungen zu erheben.

Er ist aber der Auffassung, daß eine besondere angemessene Gründigung der Zivilarten und Arten des Gorotiverkehrs aus logistischen Gründen und Gründen der Wohnungspolitik notwendig ist. Der Eisenbahnrat betrachtet es ferner als Vorteil, wenn den durch Ihren Gewerbe dazu genommenen Geschäftsrätsenden die in Aussicht genommene Rechteverschärfung zugemessen werden soll, und hält es für eine Aufgabe des Staates, durch Einführung besonderer Einrichtungen denjenigen Kreisen Vergünstigungen zu gewähren, die nicht zu ihrem Vergnügen, sondern lediglich zu geschäftlichen Zwecken die Eisenbahn zu benutzen gegangen sind."

Sobald nahm der Eisenbahnrat Mitteilungen entgegen über die gegenwärtige schwierige Betriebslage der Reichseisenbahn. Die Generaldirektion wies dabei nach, daß im letzten Vierteljahr ein Verkehr zu bewältigen war, der dem Friedensverkehr gleichkommt, und daß diese Leistung mit einem um ein Drittel geschränkten Betriebsmittelstock bewältigt werden mußte. Sie legte dar, daß eine solche gezwungene Anstrengung nicht ohne Störungen ablaufen könnte und daß dem Personal für seine Ausdauer besondere Anerkennung gebühre. Am Schlus der Tagesordnung wurde der Fahrplan beschlossen.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Der Buchhalter Johann Walter Unget, der nach Veruntreuungen in Höhe von 24.000 M.

## Ein Reisender aus Altrurien

Von Wm. D. Howells

Mit Genehmigung des Verfassers deutsch von Adolf Heyne

Aus seiner Reise sprach eine unbewußte Überlegenheit, die mich ärgerte und zur Erbahnwörter reizte: "Unsere vogelalen Zustände erwarten wir keineswegs einzutreten, begleitetlich zu überleben; im Gegenteil, wir betrachten sie als endgültige Form unsrer Struktur, als unzerstörbar basiert auf der Menschenmutter."

"O, habe ich etwas Anstoßiges gesagt," wandte sich der Altrurier an mich mit zarter, gewinnender Höflichkeit.

"Keineswegs," beeilte ich mich ihn zu beruhigen. "Es ist durchaus erstaunlich, daß Sie unsern Gesichtspunkt noch nicht genau erfaßt haben; das kommt noch und noch, und dann werden Sie vermutlich sehen, daß unsre Ansicht die richtige ist. Wir haben gefunden, daß die Logik unsrer Überzeugungen auf das Dienstbotenproblem sich nicht anwendet lässt; dieses ist überall ein furioses und verblüffendes. In früheren Zeiten löste sich die Frage sehr einfach; die Dienstboten war das Eigentum derer, für die sie arbeitet. Wir finden nun, daß dieser Zustand mit dem Geiste unsrer freien Institutionen uneinbringbar war. Sobald er aber demgemäß verändert worden, begann die Anomalie. Wir hatten die primitiven Perioden, wo die Haushälterin mit ihren Dienstboten als gehorsame, klugsame Dienstboten arbeitete, hinter uns; die Haushaltung wurde von Dienstboten verrichtet, die nicht zum Vermögensbestand der Haushaltung gehörten. Diese Zustand schien allerdings eitlingen unsrer besten und stolzesten Freunde sein unerträglich zu sein; sie meinten — wie offenbar auch Sie —, daß es weder republikanisch noch christlich sei, Deute, weil an ihrer Art die Not pocht, zur Übernahme verhinder, schwerer, grober Blasphemie zu atörgen. Ihr Gefühl zu verlegen, und sie durch die Besiegung der Dienstboten — die jetzt Amerikaner instinktiv als Besiegung empfindet — zu beschämen. Einige unsrer vornehmsten Deute versuchten die peinliche Lage dadurch zu verbessern, daß sie ihre Dienstboten zu einem Teile ihrer Familie machten. Wie aber sind die Versuche ausgefallen? Seien Sie unsrer Sache und

Moralphilosophen Emerson Biographie! Da finden Sie eine ausführliche Erzählung darüber: Er ließ sein Dienstmädchen an seinem Tische speisen; die Methode bewährte sich aber nicht; Emerson und seine Frau verzogen zwar die neue Tischgesellschaft sehr gut, aber das Mädchen hielt es nicht aus."

Ich pausiere einen Augenblick, weil ich in meiner Einsicht meinte, mein Zuhörer müsse nun laut ausflachen; statt dessen aber fragte er nur: "Warum?"

"Nun, weil das Dienstmädchen sich dessen bewußt ward, daß Emerson und Gattin in ihren Traditionen eine ganze weite Welt von ihr getrennt waren und sie, das ungebildete Mädchen, zur Gesellschaft der Emersons so wenig sich eignet wie ein Neuseeländer zu der eines Neuengländer. Zur bloßen Bildungsfrage —"

"Ich denke, Sie sagten vorhin, daß diese Neugierinnen hier verhältnismäßig leichterinnen sind."

"Bitte um Entschuldigung — ich habe nicht alles erklärt. Gchedem war es unmöglich, Amerikanerinnen als Dienstmädchen zu bekommen, es sei denn unter so ungewöhnlichen Bedingungen, wie sie ein Sommerhotelsbesitzer sich gefallen lassen muß; die Dienstmädchen rekrutierten sich aus ungebildeten armen Einwanderinnen, die zu nichts andern sonst brauchbar waren. An einem Platze, wie diesem Hotel, haben es die Dienstboten allerdings nicht gerade schlecht; sie bekommen mehr als ein Dienstmädchen oder eine Fabrikarbeiterin; in einem Sommerhotel haben die Mädchen ziemlich genau bestimmte Arbeits- und Ruhezeiten und können einen einander Gesellschaft leisten. Anders ist es in einer Privatfamilie, wo das Mädchen ununterbrochen Aufträge auszuführen hat und alle Gesellschaft entbehren muß; sie gehört zur Familie", in der sie lebt, mehr in Wirklichkeit noch der Form nach. Eine arme Amerikanerin versteht dies sehr wohl, und daher will sie keine gewöhnliche Dienstbotenstelle. Selbst in einem Sommerhotel — wo ja, wie ich Ihnen eben ausführte, die Dienstbotenberufe nicht weit glänzen — auch da haben sie keine heimliche, häfliche, sogar hassenhafte Momente an. Das Dienstbotensystem scheint mir die Angestellten zu entwürdigen. Einem Studenten oder einer Lehrerin einen Dollar für persönliche Dienstleistung anbieten, das ist nicht recht; ich wenigstens halte es für unrecht. Tatsächlich nimmt sich das Dienstbotensystem bei und als eine

ziemlich starke Anomalie aus. Im besten Falle läßt sich sagen, daß wir uns mit diesem System zwar zu behelfen verstehen, aber ohne zu wissen, was wir an seine Stelle befreien könnten."

"Ich sehe aber immer noch nicht," sagte der Altrurier, "watum in einem Lande, wo alle Arten von Arbeit in Ehren gehalten werden, gerade häfliche Dienstleistung für er niedrigend gehalten wird."

"Mein lieber Freund, ich verfuhr Ihnen so gut ich konnte die Sache zu erklären. Wie ich Ihnen doch angedeutete, anerkennen wir Unterschiede, und so unterscheiden wir bei den verschiedenen Arten von Arbeit zwischen häflicher und anderer Dienstleistung. Ich glaube mich nicht zu täuschen, daß der Hausdienst teilweise darum als erniedrigend gilt, weil Dienstboten den Verlust von Unabhängigkeit in sich schließt; die Leute sehen naturgemäß auf einen, der abhängig ist, mit Geringerachtung herab."

"Warum aber?" fragte der Altrurier, mit einer kindlichen Unschuld aber, die mich auf eine harte Probe zu stellen drohte.

"Warum?" erwiderte ich etwas hastig, "weil Abhängigkeit Schwäche in sich schlägt."

"Und wird Schwäche bei Ihnen als verächtlich betrachtet?"

"In jedem Gemeintocher wird sie, wenn auch nicht theoretisch, so doch tatsächlich verachtet," versicherte ich zu erklären: "Amerikas Größe liegt darin, daß es der Menschheit eine vorher nie dagewesene große Gelegenheit dargeboten hat — eine Gelegenheit für jeden Mann, sich über die andern weit zu erheben, und wenn er fähig ist, den höchsten Platz einzunehmen." Auf diese Tatsache bin ich immer recht stolz gewesen, und so war ich denn in diesem Augenblick der Meinung, daß ich mich in der prächtigsten und schönsten Weise ausgedrückt; doch dem Altrurier schien meine Weisheit durchaus nicht zu imponieren, denn er antwortete: "So war es meines Wissens ebenso in jedem Lande der Welt. Vieleschwer meinen Sie aber, daß das Emporkommen eines Individuums eine Verpflichtung gegen die unten Gebildeten mit sich führt. Wenn jemand der Erste unter euch ist, lasst ihn euren Dienst sein. Ist es vielleicht etwas dem Menschen?" (Fortsetzung folgt.)

bei der Bremer-Hannoverschen Aktiengesellschaft, Zweigstelle Chemnitz, aus Chemnitz flüchtete, hat sich in Blaauen i. V. eröffnet. Auf seine Reisezeit war eine Belohnung von 1000 M. aufgesetzt. — Der Rat der Stadt Blaauen i. V. hat für 1922 18 Säulen und 2 Gauzulinen angekauft. Man verhüttet aus diesen Grundstücken 240 M. Kleinwohnungen zu errichten. Hierbei ist u. a. auch auf die Verhüttung einer Anzahl kleiner Wohnungen mit einem Wohnzimmer (Wohnliche) und einem Schlafrimmer Rücksicht genommen worden. Die Wohnräume der kleinen Wohnungen können später zu anderen Wohnungen hinzugefügt werden.

## Stadt-Chronik

### Das Defizit der Reichspost

**7½ Milliarden Mark — Maßnahmen zu seiner Verminderung**

Der 1. Januar brachte der Bevölkerung eine neue Belohnung von außerordentlicher Höhe, die sich jedem einzelnen fühlbar machen wird: die Erhöhung der Posttarife. Man sieht jetzt — um nur einiges aus den neuen Sägen herauszugreifen — für eine Postkarte im Druckerlehr 75 Pf., im Fernverkehr 125 M., für den einfachen Brief im Druckerlehr 125 M., im Fernverkehr 2 M. In gleicher Weise erhöhen sich die Säge für Pakete, Telegramme usw. und die Fernsprechgebühren. Die Erhöhung der Postgebühren ist dieses Mal außerordentlich groß. Die gesetzgebenden Instanzen, Reichstag und Reichsrat, haben aber angesichts des Zustandes der Reichsfinanzen und der Notwendigkeit, das Defizit zu verringern, die Erhöhung der Posttarife im wesentlichen zugestimmt, obwohl die schweren wirtschaftlichen Bedenken gegen eine Steigerung der Tarife in einem derartigen Umfang sprechen.

Wodurch ist nun die Postverwaltung gezwungen worden, den gesetzgebenden Körperschaften neue Gehaltsentschärfungen vorzuschlagen, die diesmal weit über die sonst bei einer Erhöhung der Tarife gelübte Stagis hinausgehen? Es ist bekannt, daß in den letzten Jahren in der Postverwaltung ein ständiges, immer größer werdendes Defizit geherrscht hat. Hauptgründe waren die angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten notwendig gewordene, aber den Posttarif geringfügig belastende Erhöhung der Beamtenbesoldung und der Löhne, das immer teurer werdende Material, das zu den Erneuerungs- und Herstellungsarbeiten verwendet werden mußte.

Vor allem war der Versuch gemacht worden, durch mehrfach vorgenommene Erhöhung der Postgebühren den vorhandenen Gehaltssatz zu verringern. Die von der Postverwaltung von den Gehaltsentnahmen erwarteten Mehrerlöse traten in Wirklichkeit ein, sie wurden aber wieder durch inzwischen eingetretene Ausgabensteigerungen mehr oder weniger ausgezehrt, so daß das Defizit im Posthaushalt nicht die beabsichtigte Verminderung erreichen konnte. Nach dem Stande der Berechnungen im Oktober 1921, denen die neue Erhöhung der Besoldungen und der Löhne, der Teuerungszuschläge und die geleisteten sämtlichen Ausgaben zugrunde gelegt waren, berechnete sich der Jahresfehlbetrag auf rund 4 Milliarden Mark. Unter dem Beobacht der fortwährenden Geldentwertung und Teuerung sah sich dann die Reichsregierung wieder veranlaßt, eine abweilige durchgreifende Erhöhung des Bezugs der Beamten und Lohnempfänger herbeizuführen. Der der Postverwaltung entstehende Mehraufwand für diese Erhöhung des Einkommens der Beamten sowie der Bezüge der Altersgehaltsempfänger und der Hinterbliebenen unter Einschluß des durch die Lohn erhöhung für die Angestellten und Arbeiter voraussichtlich erreichenden Mehraufwandes hat sich auf rund 2½ Milliarden Mark jährlich beziffert. Gleichzeitig ist aber auch bei den Ausgaben für Materialien im Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetrieb unter der Wirkung der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Preise eine starke Steigerung eingetreten, die bei dem ordentlichen Haushalt in einem jährlichen Mehraufwand von mindestens 1 Milliarde Mark ausdrückt. Hier nach sah sich die Postverwaltung Anfang Dezember dieses Jahres im ganzen vor einen Jahresfehlbetrag von rund 4 plus 2½ plus 1 Milliarde Mark — 7½ Milliarden Mark gestellt. Der Postverwaltung erschien es zunächst im Hinblick auf die allgemein-wirtschaftlichen Rückwirkungen nicht möglich, diesen ganzen Betrag auf einmal durch Gehaltsentnahmen zu tilgen. Sie sah deshalb ursprünglich eine am sich weitgehende, aber das Defizit nicht völlig beseitigende Erhöhung vor.

Während diese Vorlage im Reichsrat behandelt wurde, traten neue Momente hinzu, die die Postverwaltung zu weitergehenden Erhöhungen zwangen. Es machte die außenpolitische Lage ihr Schwerpunkt geltend, und die Reichsregierung sah sich unter dem Druck der Verhältnisse vor der schwere, aber unabwendbare Aufgabe gestellt, den Staat der öffentlichen Verkehrsunternehmungen ins Gleichgewicht zu bringen. Auch der Reichstag vermoderte sich dem Gewicht der inner- und außenpolitischen Argumente nicht zu entziehen. Er sah sich gezwungen, den weiteren Steigerung der Tarife zu gestimmen. Allerdings haben die Parteien bei der Beratung der neuen Postgebühren im Reichstag ihre Zustimmung von der Durchführung weitgehender Reformen im Postdienst abhängig gemacht. Auch hat der Reichstag in Übereinstimmung mit einer Resolution des Reichsrats an die Reichsregierung das Erfuchen gerichtet, eine Tatschicht über die Betriebs- und Verwaltungsverbilligungen bei der Postverwaltung vorzulegen. Als Maßnahmen dieser Art sind von der Postverwaltung bei den Beratungen im Reichstag, soweit bekannt, die folgenden Punkte angeführt worden:

- Erweiterung der Befugnisse der Oberpostdirektion und der Verkehrsämter, Einschränkung der Berufungen gegen die Entscheidungen der zuständigen Stellen, für den Vertriebsdienst bereits mit Wirkung vom 1. Februar 1922 verfügt.
- Erhebung von Menschen durch Maschinenkraft in allen Verkehrsweisen.
- Bereinfachung und Vereinheitlichung der Betriebsformen (ausgedehnte Herstellung von Vorbrüden usw.).
- Erziehung höher bezahlter Kräfte durch Beamte mit einfacher Vorbildung und geringerer Bezahlung.
- Wiederholte Prüfung des Vermietbedarfs unter Erhöhung der Arbeitsleistung im einzelnen (bei 48-stündigen Wochenleistungen).

1921 sind bereits über 10 000 Hilfskräfte entlassen. Die im Gange befindlichen Maßnahmen werden zur Entlassung von mindestens weiteren 10 000 Hilfskräften führen.

Weiter beabsichtigt die Reichspostverwaltung in kürzester Zeit folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Verringerung der Verkehrsabgaben in Krankheits- und Urlaubsfällen.

2. Aussiedlung von Betriebseinrichtungen, für die kein dringendes Bedürfnis nachgewiesen werden kann.

3. Abgabe von Beamten an andre Verwaltungen (insbesondere die Finanzverwaltung).

Mit Hilfe der vorstehenden Maßnahmen, die sich im Laufe des Rechnungsjahres 1922 in erheblichem Umfang auswirken werden, wird es möglich sein, im Posthaushalt für 1922 die Ausgaben um 400 bis 500 Millionen Mark herabzusetzen.

## Kapitalertragsteuererstattung an Kleinerrentner

Rück § 44 des Einkommensteuergesetzes wird die von einem Erwerbstätigen für ein Kinderjahr zu entrichtende Kapitalertragsteuer auf die von ihm für das entsprechende Rechnungsjahr geschuldeten Einkommensteuer angerechnet oder für den Fall, daß sie nicht zu entrichten ist, der erstattet, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht die überwiegende Behandlung in seinem Lebenunterhalt durch eigenen Betrieb zu bestreiten. Weitere Voraussetzung ist, daß das steuerbare Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalerlösen und Beigügen des § 9 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes begleidet hat (Ruhelage, Witwen- und Waisenrente usw.) zusammengeht mit Ruhelage, hauptsächlich aus einer dieser beiden Einkommensarten besteht.

Die Berechnung erfolgt in Höhe von 10 bis 100 v. H. abgestuft nach einem Einkommen von nicht mehr als 14 000 M. bis zu einem solchen von nicht mehr als 5000 M. Sie wird grundsätzlich erst bei der endgültigen Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt.

Die Finanzämter sind indessen ermächtigt, Personen mit einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 5000 M. die Kapitalertragsteuer, die sie im Kalenderjahr 1921 entrichten haben, unter Vorbehalt der Rücksichtnahme ganz oder teilweise bereits vor der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer aufs Rechnungsjahr 1921 infolge zu erstatzen.

Diese Verfahren können, sofern im Vorigen die für die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind, also wenn die entsprechenden Anträge bei dem zuständigen Finanzamt gestellt sind, diese Anträge stehen vor dem zuständigen Finanzamt und den Gemeindeschöpfen (in Dresden bei den Steuerbehörden), in den Landgemeinden bei den Gemeindeschöpfen) zur Verfügung. Die in den Anträgen enthaltenen Fragen sind gewissenhaft zu beantworten. Auch sind die Belege über die entrichtete Kapitalertragsteuer beizufügen.

Anträge auf Erstattung von Kapitalertragsteuer, die im Kalenderjahr 1921 entrichtet worden ist, sind von Personen mit einem Einkommen von mehr als 5000 M. erst mit der Einkommensteuererstattung für Rechnungsjahr 1921 oder, wenn eine Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung nicht besteht, innerhalb der für die Abgabe der Steuererklärung bestimmten Frist, die noch bekanntgegeben wird, zu stellen. Ihre Erledigung erfolgt, wie schon erwähnt, bei der endgültigen Veranlagung für das genannte Rechnungsjahr.

## Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Donnerstag, nachmittags 5 Uhr. Sitzung. Tagordnung: Das Gewerbe.

**Richtstellung.** In unserem Bericht über die Kreisausstellung am 30. Dezember 1921 in Nr. 804 unterstrichen: „Oberbürgermeister Blüher bestätigt, daß die Sache große Sorge habe.“ Daraus folgen in indirekter Reihenfolge von Vorlegungen, beginnend mit dem Sohe: „Die Finanzlage der Stadt sei allerdings katastrophal“ usw. Diese Neuerungen hat nicht Herr Oberbürgermeister Blüher, sondern der Kreisvorstand der Kreischauprämannschaft getan. Das ergibt sich auch aus den Sägen am Ende des Abschnitts 2 und daraus, daß dann die Reichsregierung wieder veranlaßt, eine abweilige durchgreifende Erhöhung des Bezugs der Beamten und Lohnempfänger herbeizuführen. Der der Postverwaltung entstehende Mehraufwand für diese Erhöhung des Einkommens der Beamten sowie der Bezüge der Altersgehaltsempfänger und der Hinterbliebenen unter Einschluß des durch die Lohn erhöhung für die Angestellten und Arbeiter voraussichtlich erreichenden Mehraufwandes hat sich auf rund 2½ Milliarden Mark jährlich beziffert. Gleichzeitig ist vor allem wegen der ihm mißverständlich liegenden Erwähnung, die Finanzlage der Stadt sei katastrophal, besonders Wert darauf, daß dieser Irrtum richtiggestellt wird.

**Beratungs- und Fürsorgekette für Alterskonkurrenz aller Städte.** Die in Dresden seit langer Jahren arbeitenden zwei Fürsorgestellen für Alterskonkurrenz haben sich aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus seit dem 2. Januar d. J. vereinigt. Das Gesellschaftslokal befindet sich in Dresden-L. Gladtmannstraße 19 (nahe Johanniskirche), und ist wochentags von 8 bis 4 Uhr geöffnet. Die Sprechstunden des Vertreters der Beratungsstelle finden Montags, abends von 8 bis 7 Uhr, die des Fürsorgestellten Wirtshauses von 8 bis 4 Uhr statt. Die Fürsorgestelle ist zu jeder Sprechstunde anwesend und auch Sonnabends von 8 bis 12 Uhr sicher in der Beratungskette anzutreffen. Alterskonkurrenten und deren Angehörige wird jederzeit kostenlos Rat und Aufkunft erzielen, bei schriftlichen Anträgen wird um Beantwortung des Wortes gebeten. Die Beratungsstelle hat Fernsprechanschluß unter Nr. 17588.

**Großstadt 720 M.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 8. bis 15. Januar 1922 unverändert wie in der Woche zum 8. bis 15. Januar 1921 für ein Monogrammstädt, 800 M. für ein Schmuckstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

**Die Einheitsstenoigraphie.** Die am 8. Januar 1922 in Dresden versammelten Vertreter sämtlicher Gewerkschaften des Sächsischen Landesverbands Gabelsberger, dem 400 sächsischen Stenographenteams mit rund 40 000 Mitgliedern angehören, haben zu dem vorgelegten Entwurf einer deutschen Einheitsstenoigraphie vom 24. November 1921 Stellung genommen und einstimmig folgende Entschließung gefasst: „Der Sächsische Landesverbands Gabelsberger begrüßt das Vorgehen der Reichsregierung, durch

schulische Gabelsberger und Stolze-Sägen zu einer deutschen Einheitsstenoigraphie zu gelangen, und hält den vorgelegten Entwurf für eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen. Er hofft die sächsische Regierung, darf einzutreten, daß die Einheitsstenoigraphie logischer und systematischer als in dem Entwurf aufgebaut und mit Rücksicht auf die weite Verbreitung der Gabelsbergerischen Stenoigraphie in Sachen und ihrer ausgedehnten Verwendung im Handel und Industrie und bei den Behörden, insbesondere den sächsischen Gemeindebehörden, noch mehr dem Gabelsbergerischen System angenehmer wird.“ Wünsche im einzelnen nach dieser Richtung sind der sächsischen Regierung unterbreitet worden.

**Vier Städteborettreize über:** Das alte Wunderland der Menschen und Märchenwelt mit Rücksicht auf Kinder veranstaltet die proletarische Freidenker-Ortsgruppe Dresden Donnerstag den 12. Januar im Raum Treptow, Kreisla. 13. Januar im Hammes Hotel, Sittels, Sonnabend den 14. Januar in der Ule, Polizei- und Montan den 16. Januar im Goldenen Adler, Lauterbach. Vorstandes ist der bekannte Leiter des Instituts Endmo, Herr Richard Krause, Dr. Seitz. Beginn der Kinderborettreize 4½ Uhr, der Abendborettreize 7½ Uhr. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig und beträgt nachmittags für Kinder 20 Pf. Erwachsene 150 M. zu den Abendborettreissen 2,50 M. einschließlich Steuer. Der Verkauf der Borettreize ist sehr zu empfehlen.

**Die Sägen Frauenakademie zu Dresden, Kaiser-Wilhelm-Viertel 7, 1. Sitzungssprecher 18.481, veranstaltet im kommenden Wintersemester folgende Klassensägen: Proletarische Rechtskosten (Vorlesungen Dr. Wiegert), Kreis: John Doppelstunden 40 M. Beginn Dienstag den 9. April 1922 7½ Uhr, in den Räumen der Säglichen Frauenschule zu Dresden, Kaiser-Wilhelm-Viertel 7, 1. Räume Zukunft erzielt die Geschäftsstelle.**

**Der Flugtechnische Verein Dresden schreibt ein Wettfliegen für Segelflugmodelle aus, das im ersten Vierteljahr 1922 an jedem zweiten Sonntag im Monat (erstmals am 15. Januar 1922) vor mittags 9 Uhr am Quiberg in Leipzig-Dresden stattfindet. Gespielt werden Strecke, Zeit, Ballgeschwindigkeit allgemeine Flug-eigenschaften. Da auf dem Gebiete des Modell-Segelflugwesens erst wenig Erfahrungen vorliegen, werden sie eben in die Preisrichtungen in bezug auf Konstruktion, Startmethode usw. aufgelegt. In Preisen stehen vorläufig 50 M. gestiftet von der Ortsgruppe Dresden des Bundes Deutscher Flieger, und 150 M. vom Flugtechnischen Verein Dresden zur Verfügung. Weitere Preisrichtungen sind zu erwarten. Bei der endgültigen Preisfeststellung werden Schleppen, Einrichtung von Befestigungen mit Erläuterungen berücksichtigt. Befestigung am Wettfliegen steht jedermann offen.**

**Die Hochzeitfeier des Arbeitnehmerverbandes des Fleiss- und Haushaltswesens, Zweigverein Dresden, veranstaltet am Donnerstag den 12. Januar, abends 8 Uhr, in den Räumen des Bischöflichen Gymnasiums. Der Theaterleiter vom kleinen Landestheater Franz Heger jun. wird einen Vortrag über Operants. Der von der Arbeiter-Superantistengruppe des Anteilsteiles 14. Anteilserarius beginnt am 13. Januar, abends 7 Uhr in der 21. Volksschule, Kreisbergs Platz (Eingang Ausseileite). Anmeldungen werden dort noch entgegengenommen.**

**Rückstichter Autounfall.** In der vergangenen Nacht gegen 19½ Uhr fuhr ein Automobil auf der Baumberg Straße mit großer Geschwindigkeit eine stadtweit fahrende Drosche auf, so daß diese umfiel und das Pferd zu Boden geworfen wurde. Der Kutscher wurde vom Boden schleudert und blieb schwer verletzt liegen. Der Autofahrer hatte angeblich die vor ihm fahrende Drosche in der Dunkelheit nicht bemerkt. Der 68 Jahre alte, in der Süderstraße wohnende Kutscher wurde im Unfallwagen nach dem Krankenhaus Johannstadt gebracht.

**Dresden-Blauen.** In den nächsten Tagen werden zwischen 11 und 12 Uhr vormittags und 2 bis 8 Uhr nachmittags größere Feuersprengarbeiten zwischen der Blauerstrasse und dem Altstädter Hofgrund an der Straße Altstädter Hofgrund und dem Forsthaus an der Weißeritz vornehmen. Während der Sprengungen wird die neue Straße an den durch Warnungsstangen gekennzeichneten Punkten durch Absperren für jeden Verkehr gesperrt. Bei den Sprengungen ist auch das Vorzeichen der zwischen Bahn und Blauen und der Reichsbahnverwaltung gehörigen Flurstraße und der auf diesen liegenden nichtöffentlichen Wege bis auf weiteres verboten. Den Bewohner der mit roter Fahne ausgestatteten besonderen Posten ist ebenso wie den Gendarmerieposten Folge zu leisten.

## Dresdner Umgebung

**Dresden-Briesnitz-Krumm.** Mittwoch den 11. Januar, nachmittags um 8, 4, 6 und 8 Uhr. Schultafenvorführung im Schultafelhaus: Röhlsteinbrücke — Im Blaueberg — Oberholz.

**Blaueberg, Bölkwitz, Weiher, Hirsch und Umgebung.** Der Unterricht für die Jugendweinen in der Bölkwitzschule am Blaueberg kann erst Sonnabend den 14. Januar, nachmittags 4½ Uhr, beginnen. Wir bitten, dies zu beachten.

**Wettbewerb.** Donnerstag, abends 7½ Uhr. Gemeinderatssitzung im kleinen Rathaus.

## Aus dem Parteileben

### 4. Unterbezirk

**Gruppe 2 Dresden-Knauth.** Die aktiven Gruppenmitglieder halten sich zu einem gemütlichen Beisammensein Sonnabend der 5. Januar, abends 7 Uhr in ihrem Gruppenlokal, Restaurant Ausflugslokal und Gemüsehalle, zusammengefunden. Einige Genossen unterhielten durch Klavierspiel, Gesangssolo und erste und letzte Sägen. Besonders stark beteiligten sich hieran die zahlreich erschienenen Jungsozialisten und Arbeitengenossen, die der Vorstande Genossen Schulz und in innigen Worten aufs Auge schauten, auch fernerhin durch intensive Tätigkeit die erste Gruppenarbeit fortführen zu helfen. Dem Großteil dieser Genossen und Genossinnen ist es besonders anbaten daß der amüsante Abend einen so befriedigenden Verlauf genommen hat.

**Januar Neustadt, Grauen.** Morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr. Unterricht für die Jugendweinen im Jugendheim, Oppellstraße 12. 1. Thema: Das Kind und Schatten aus seinem Leben, erneute und letztere Sprechvorträge. Vortragende: Genossen und Genossin Stießfeld, für Kunst: Herr Ernst Moritz Stießfeld. Jahrestheater Erscheinung wird erwartet. Die Genossinnen und Genossen sind es besonders herzlich willkommen. Eintritt frei. Saal gut gebeigt.

**Beizel Trachenberge, Abt. Grauen.** Der für morgen Mittwoch angelegte Diskussionsabend fällt augenblicklich der am gleichen Tage in Jugendheim, Oppellstraße, stattfindenden Veranstaltung aus. Das Thema lautet: Das Kind, Schatten und Schatten aus seinem Leben und letztere Sprechvorträge. Vortragende: Genossen und Genossin Stießfeld, für Kunst: Herr Ernst Moritz Stießfeld. Die Genossen treffen sich 6½ Uhr am Trachenbergs Platz zum gemeinsamen Besuch. Bahnhofliche Erstellung wird erwartet.

### 6. Unterbezirk

**Beizel Coschütz, Sittels, Borsig, Kleinnaundorf.** Wir danken hierfür nochmals auf die morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr, stattfindende Mitgliederveranstaltung anwesend. Genossen Rademacher wird einen Vortrag über das neue Parteiprogramm halten. Anschließend stehen andere wichtige Punkte aus der Tagordnung fest. Genossen und Genossin Stießfeld, für Kunst: Herr Ernst Moritz Stießfeld. Die Genossen treffen sich 6½ Uhr am Trachenbergs Platz zum gemeinsamen Besuch. Bahnhofliche Erstellung wird erwartet.

**Die Zerlegung der politischen Parteien**

Dieses Thema behandelte Herr Landtagsabgeordneter Menke-Güldert in einem Vortrag der Geschäftsführung und führte aus: Die letzten Jahre haben eine Zersetzung und eine gewisse Verwidderung im Parteileben gezeigt, die doch meine Freunde haben abwehren. Der Vortrag hierfür trifft mich einige Stellen, die im Gang des gesellschaftlichen Lebens. Redner entwickelt dann besonders die Geschichte des bürgerlichen Liberalismus, der zuerst als Bürgertum den absoluten Hätern gegen die Ständebehörden unterwarf. Dieser Redner war die inaktiviert Staatssouveränität, die sich wiederum aus Geist und Beamtenstumme stellte. Das Geld hierzu nutzte das Bürgertum schaffen, womit der absolute Staat freilich seine eigenen Totengräber großzog. Redner schilderte nun den ersten Bürgertum, besonders in England, gegen den absoluten Staat, dem man Steuer, Beamte und Heer nimmt und ihn endlich in die Form des Konstitutionalismus überführt. Am ausge



